

Für eine sozial-ökologische Industriestrategie

von Svenja Schulze¹

„Deutschland ist noch immer eines der innovativsten und wirtschaftsstärksten Industrieländer der Welt. Die Industrie ist weiterhin ein Garant für Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg. Sie steht zugleich für Treibhausgas-Neutralität, höchste Effizienz und Nachhaltigkeit. Ihre Produkte sind weltweit gefragt. Und sie ist damit Garant für gute Arbeitsplätze in zahlreichen Branchen.“² Diese Vision für den Industriestandort Deutschland im Jahr 2050 stammt aus einer Impulspublikation des Bundesumweltministeriums mit dem Titel „Wir schafft Wunder – Fortschritt sozial und ökologisch gestalten“. Sie beschreibt in optimistischen Bildern, wohin die Reise gehen soll. Weiter heißt es: „Klar ist, die Industrie sieht anders aus als noch vor 30 Jahren. In einigen Branchen gibt es aufgrund einer veränderten Nachfrage nach den Produkten weniger Arbeitsplätze, dafür konnten anderswo Stellen aufgebaut werden.“³ Und hier schließt sich die entscheidende Frage an: Wie könnte die Zukunft so gestaltet werden? Was sind die Stellschrauben, an denen wir heute drehen müssen um auch zur Mitte des Jahrhunderts noch international erfolgreiche Wertschöpfung auf industrieller Basis und mit vielen tarifgebundenen Arbeitsplätzen in Deutschland zu haben?

Das Jahr 2020 ist ein Scheidepunkt in dieser Frage. Wir befinden uns im Jahr dreißig nach der Wiedervereinigung, dem größten Umbruchprozess der deutschen Nachkriegsgeschichte. Deutschland ist heute in einer gefestigten Position als starkes Industrieland. Die Arbeitslosenquote befindet sich auf einem historischen Tiefststand, auch wenn die Krise infolge der Covid-19-Pandemie wie überall auf der Welt ihre Spuren hinterlässt. Aber insbesondere im europäischen Vergleich kommt Deutschland gerade auch aufgrund der massiven staatlichen Unterstützung im Zuge der Konjunktur- und Überbrückungshilfen gut

durch die Krise. Optimistische Szenarien gehen davon aus, dass – vorbehaltlich der Bewältigung der gesundheitlichen Herausforderungen des Virus – ein Vorkrisenniveau beim Bruttoinlandsprodukt innerhalb von ein bis zwei Jahren wiederhergestellt sein kann.

Aber das reine Wiederherstellen des Status Quo kann nicht unser Ziel sein. Uns bleiben nämlich ebenfalls nur dreißig Jahre, um die eingangs zitierte Zukunftsvision der treibhausgasneutralen Industrieproduktion Wirklichkeit werden zu lassen. Wir befinden uns erneut mitten in einem tiefgreifenden Wandel, einer umfassenden Transformation. Unser gemeinsames Ziel ist es, bis zur Mitte des Jahrhunderts treibhausgasneutral zu leben und zu wirtschaften.

Den industriepolitischen Wandel als Fortschrittsprojekt begreifen

Um das zu erreichen benötigen wir trotz positiver Entwicklungen seit 1990 weiterhin eine große Kraftanstrengung von Politik, Unternehmen und Beschäftigten: Nach der Energiewirtschaft steht die Industrie in Deutschland mit rund einem Fünftel der CO₂-Emissionen immer noch an Platz zwei der CO₂-Emissionsquellen, dicht gefolgt von Verkehr.

Die positive Nachricht: Die Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise, also zur nachhaltigen Reduktion von Treibhausgasemissionen bis hin zur sogenannten Klimaneutralität, sind längst bekannt. Das gilt auch für den Industriesektor. Wir haben einen ganzen Werkzeugkoffer zur Verfügung, aber wir müssen uns auch trauen, ihn zu öffnen und all seine Bestandteile zu nutzen. Gleichzeitig gilt es, die verschiedenen Instrumente so einzusetzen, dass keine unerwünschten Nebenwirkungen unseren Industriestandort und damit Wohlstand und gute Arbeitsplätze gefährden und auch dem Klima nicht nutzen. Diese Balance zu finden ist nicht einfach, vor allem, weil sie auch international gedacht werden muss.

1 Svenja Schulze ist Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

2 Impulspublikation zur BMU-Dialogreihe „Wir schafft Wunder – Fortschritt sozial und ökologisch gestalten“, S. 21.

3 Ebd.

Eine Politik der kleinen Schritte wird jedoch dem Druck und der notwendigen Geschwindigkeit der Transformation nicht mehr gerecht. Der Blick auf die Entwicklung der internationalen Märkte verrät, dass es im ureigenen Interesse Deutschlands als Exportnation ist, beim Thema Treibhausgasneutralität auf die Beschleunigungsspur zu wechseln. Beispielsweise werden viele Länder, allen voran China, in absehbarer Zeit keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr zulassen. Wer also in Zukunft Leitanbieter innovativer, klimaschonender Produkte sein möchte, muss aktiv und zukunftsgerichtet auf diese Entwicklungen reagieren.

Mit unseren vollständigen industriellen Wertschöpfungsketten, unserem dualen Ausbildungssystem und unserer guten Universitäts- und Forschungslandschaft, einer starken betrieblichen Mitbestimmung, innovativen Ingenieur*innen und starkem Know-how zu Umwelttechnologien sind die besten Grundlagen vorhanden. Wenn wir diese geschickt nutzen, wird die Transformation zu einer großen Chance für den Industriestandort Deutschland. Dazu gehört auch, die Vorteile von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz noch stärker als bisher zum Einsatz zu bringen – ohne jedoch dabei den Aspekt der Nachhaltigkeit der Digitalisierung weiterhin zu bagatelisieren.

Bei aller Bedeutung der Treibhausgasneutralität für unsere Zukunft müssen wir den industriepolitischen Wandel als Fortschrittprojekt sozial gerecht gestalten. Es muss ein sozial gerechter Wandel werden. Nur mit der Sozialdemokratie wird aus der ökonomisch-ökologischen Transformation eine soziale Transformation werden. War die Rolle der SPD im Fordismus die Verteilung des Mehrwerts über den Sozialstaat und die Durchsetzung der Demokratie, geht es jetzt wieder um Grundsätzliches: Sicherheit in der Transformation und Neuverteilung der Mehrwerte. Es geht in der politischen Auseinandersetzung aus meiner Sicht nicht mehr um die Frage des „Ob“, wohl aber um die Frage des „Wie“, also die Frage der Ausgestaltung des richtigen Wegs. Für mich lässt sich der Erfolg der Transformation nicht allein an CO₂-Einsparungen oder an Unterneh-

mensbilanzen messen. Es gibt auch eine soziale Komponente. Dabei denke ich nicht nur an die Schaffung neuer zukunftsfester Jobs, sondern zum Beispiel auch an die Verteidigung der in den alten Industrien erkämpften gewerkschaftlichen Rechte und ihre Verankerung in den neuen Branchen, ich denke an angemessene Löhne, an soziale Absicherung, an Qualifizierungschancen und vieles mehr. Keine andere Partei ist in der Lage und willens, die Aspekte Industrie, Arbeit und Umwelt wie die SPD strukturell und gleichberechtigt zusammen zu denken. Das haben wir nicht zuletzt beim Ausstieg aus der Kohleverstromung, den wir mit einer Zukunftsperspektive für die betroffenen Regionen und Beschäftigten verbinden, unter Beweis gestellt.

Der Rahmen ist gesteckt

In dieser Legislaturperiode ist es uns gelungen, entscheidende Weichen für die planbare Beschleunigung der sozial-ökologischen Transformation zu setzen. Hier ist in erster Linie das Bundes-Klimaschutzgesetz zu nennen, ein Meilenstein in der klimapolitischen Auseinandersetzung und eine langjährige Forderung der SPD. Es schreibt erstmals gesetzlich verbindliche Klimaziele mit jährlich sinkenden Treibhausgas-Budgets für die einzelnen Sektoren vor. Ergänzend zum Klimaschutzgesetz haben wir im Herbst 2019 auch das Klimaschutzprogramm 2030 beschlossen. Es enthält zahlreiche neue Maßnahmen, unter anderem die Einführung eines CO₂-Preises für fossile Heiz- und Kraftstoffe. Wir verteuern – planbar und verlässlich – die fossilen Energieträger und setzen damit Anreize zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen und zu Effizienzsteigerungen. Im Bereich der energieintensiven Industrie gibt es diesen Preisanreiz bereits mit dem EU-Emissionshandel. Mit dem Start des nationalen Emissionshandels zum 1. Januar 2021 sorgen wir für eine Gleichbehandlung aller Anlagen.

Die CO₂-Bepreisung ist Teil einer notwendigen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Gleichzeitig muss Deutschland ein attraktiver Wirtschaftsstandort für alle Branchen bleiben. Beim EU-Emissionshandel haben wir bereits unter Beweis gestellt, dass wir uns für die

berechtigten Belange der Industrie beim Schutz vor Carbon Leakage einsetzen. Dies werden wir auch beim nationalen Emissionshandel konsequent fortführen.

Mit der Nationalen Wasserstoffstrategie haben wir einen wichtigen Grundstein gelegt, international führend bei der Entwicklung, Herstellung und Nutzung von grünen Wasserstofftechnologien zu werden. Nun wollen wir in Deutschland zeigen, dass sich grüner Wasserstoff sowohl für Wirtschaft als auch für Klima und Umwelt langfristig rechnet. Im Konjunkturpaket der Bundesregierung sind neun Milliarden Euro dafür vorgesehen.

Die COVID-19-Pandemie birgt neben der gesundheitlichen Bedrohung für die Bevölkerung auch enorme Herausforderungen für die Wirtschaft. Darauf hat die Bundesregierung frühzeitig und umfassend mit einem Zukunfts- und Konjunkturpaket reagiert. Anders als in früheren Jahren ging es dabei nicht allein um die Ankurbelung von Konsum um jeden Preis, sondern um kluge Investitionen, die zur Modernisierung der Wirtschaft mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen beitragen. Deshalb fließen von den insgesamt 130 Milliarden Euro des im Juni 2020 beschlossenen Konjunkturpakets über 50 Milliarden in Zukunftsinvestitionen und Investitionen in Klimatechnologien – über acht Milliarden allein in den Bereich zukunftsfähige Mobilität. Zusammen mit dem im letzten Jahr verabschiedeten Klimaschutzprogramm wurde damit binnen eines Jahres das größte Investitionsprogramm für den Klimaschutz in der Geschichte der Bundesrepublik initiiert.

Zehn Bausteine für eine erfolgreiche und sozial gerechte Bewältigung des ökologischen Umbaus der Industrie

Wichtige Weichen sind politisch also bereits gestellt, um den ökologischen Umbau der Industrie – auch unter den Herausforderungen einer Pandemie – so voranzutreiben, dass unser Industriestandort und damit unser Wohlstand in der Zukunft nicht gefährdet, sondern sogar gesichert werden. Was bleibt also zu tun?

Erstens: Zentrale Aufgabe der Politik sehe ich darin, unsere Industrie und auch vor allem KMU dort zu stärken, wo bessere Rahmenbedingungen den sozial-ökologischen Umbau unterstützen können und die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern helfen. Dafür ist eine **langfristig angelegte und gesamtgesellschaftlich abgestimmte sozial-ökologische Industriestrategie** notwendig, die Planungssicherheit und damit Vertrauen aller Beteiligten schafft.

Zweitens: Ganz entscheidend für jeden Industriestandort sind **Energiepreise und Versorgungssicherheit**. Wenn wir 2050 noch ein weltweit führender Industriestandort mit vollständigen Wertschöpfungsketten auch im Bereich der energieintensiven Branchen sein wollen, müssen wir im Rahmen der Energiewende ausreichende Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien und von Wasserstoff zu international wettbewerbsfähigen Preisen sicherstellen. In diesem Zusammenhang wird die aktuelle Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hoffentlich einen positiven Beitrag leisten. Parallel müssen Leitungs- und Netzausbau weiter forciert werden und Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft – auch im Zusammenhang mit Digitalisierung – noch engagierter vorangetrieben werden.

Drittens: Bei der Nationalen Wasserstoffstrategie müssen wir schnell in die Umsetzung gehen. Dabei ist es vor allem wichtig, die Elektrolysetechnologien weiter zu entwickeln, effizienter zu machen, großtechnische Einheiten bereitzustellen und insgesamt kostengünstiger zu werden. Das erreichen wir vor allem, indem wir über gezielte Anreize in der Nachfrage nach grünem Wasserstoff die richtigen Impulse in den Markt bringen. Mit der Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED II wollen wir die verpflichtende THG-Quote für Kraftstoffanbieter so ausgestalten, dass grüner Wasserstoff in Raffinerien schnellstmöglich zum Einsatz kommt. Eine von mir eingebrachte Quote im Luftverkehr für PtL⁴ auf Basis grünen Wasserstoffs fördert zusätzlich den Aufbau von Elektrolysekapazitäten.

4 Power-to-Liquid: Verfahren, um klimaneutral Treibstoffe herzustellen.

Im BMU fördern wir daher mit dem Förderprogramm Dekarbonisierung in der Industrie die Weiterentwicklung und Umstellung von industriellen Prozessen mit dem Ziel der Treibhausgasneutralität. In vielen Fällen wird Wasserstoff hier eine Rolle spielen. Im Zeitraum bis 2023 stehen Mittel in Höhe von derzeit rund einer Milliarde Euro bereit, weitere sollen im Rahmen der Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie hinzukommen.

Viertens: Teil der Wasserstoffstrategie, aber auch bereits des Klimaschutzprogramms 2030, ist der Ansatz der **Carbon Contracts for Difference (CCfD)**. Mein Haus arbeitet daran, 2022 ein Pilotprogramm für Klimaschutzverträge an den Start zu bringen. Mit den Klimaschutzverträgen sollen die Differenzkosten zwischen tatsächlichen Vermeidungskosten bzw. eines projektbezogenen, vertraglich geregelten CO₂-Preises pro vermiedener Menge Treibhausgasemissionen und den jeweils geltenden EU-ETS⁵-Preisen finanziert werden. Dadurch können die über dem absehbaren EU-ETS-Preis liegenden Vermeidungskosten von Dekarbonisierungstechnologien wie der wasserstoffbasierten Direktreduktion durch projektbezogene Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen und so der Markteintritt und wirtschaftliche Betrieb dieser Technologie ermöglicht werden. Innovative Instrumente wie CCfD⁶, bei denen der Staat einen Teil des unternehmerischen Risikos für klimafreundliche Investitionen absichert, sollten aus meiner Sicht zur Förderung zukunftsorientierter Schlüsseltechnologien und strategischer Wertschöpfungsketten verstärkt zum Einsatz kommen.

Fünftens: **Neuansiedlungen** von verwandten oder auch ganz neuen Branchen in **Strukturwandelgebieten** kann der Staat darüber hinaus gezielt anreizen bzw. positiv begleiten – und sollte das im Rahmen seiner strukturpolitischen Verantwortung viel stärker als bisher tun. Ein gutes Beispiel ist dafür das vom Bundesumweltministerium initiierte Kompetenzzentrum Klimaschutz in Energieintensiven Industrien

(KEI) sowie das aktuell in der Planung befindliche Kompetenzzentrum für die nachhaltige Erzeugung und Nutzung von PtX⁷ in Cottbus. Die Ansiedlung der Kompetenzzentren soll die Region Lausitz/Cottbus unterstützen, am angestrebten Markthochlauf von PtX, der Dekarbonisierung der Industrie und den daraus folgenden ökonomischen Chancen teilzuhaben.

Sechstens: Letztlich steht und fällt der Erfolg jeglicher politischer Konzepte mit den Beschäftigten. Intensive **Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen** bzw. Umschulungen sind deshalb ein ganz zentraler Bereich, an dem eine aktive zukunftsorientierte Industrie- bzw. Arbeitsmarktpolitik ansetzen sollte. Dabei sollte die Transformation der Branchen auch dazu genutzt werden, Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit zu stärken. Breite Beteiligungsprozesse sind – nach dem Vorbild des Vorgehens beim Kohleausstieg – essentiell für die Schaffung von Vertrauen.

Siebtens: Die **Chancen der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz** – ebenso wie die Notwendigkeit ihres eigenen Beitrags zur Nachhaltigkeit – habe ich bereits erwähnt. Ihre Bedeutung als „Türöffner“ zur technologischen Umsetzung der Transformation möchte ich jedoch nochmals unterstreichen. So werden zum Beispiel im Bereich Industrie 4.0 zum Teil essentielle Beiträge zum Schließen von Stoffkreisläufen und zur Ressourceneffizienz entwickelt. Auch hier gilt es folglich, durch gute Rahmenbedingungen aktiv zu begleiten.

Achtens: Die sozial-ökologische **Transformation gelingt nur mit und in der EU**. Mit der Entstehung des größten Freihandelsabkommens unter chinesischer Führung bahnt sich eine Machtverschiebung an, die wir transatlantisch gemeinsam mit der neuen US-Regierung beantworten müssen. Wenn die EU dem Abkommen gemeinsam mit anderen nichts entgegengesetzt, kann dieses künftige Standards in der Ökonomie 4.0 definieren. Und das gilt es mit der EU zu verhindern. Mit der Wachstumsstrategie „European Green Deal“ beschreitet auch die Europäische Union den Weg in Richtung

5 Europäische Emissionshandel.

6 Carbon Contracts for Difference: klimapolitisches Instrument zur Förderung von klimafreundlichen Investitionen.

7 Power-to-X: Strombasierte Brenn-, Kraft- und Grundstoffe.

Treibhausgasneutralität. Dieses ambitionierte Ziel ist ein starkes Signal an die Welt und gleichzeitig für uns in Deutschland die Versicherung, mit unseren Bestrebungen nicht allein zu sein. Auch das post-COVID-19-Aufbaupaket der EU verbindet die wirtschaftliche Erholung mit milliardenschweren Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz. Als deutsche Ratspräsidentschaft konnten wir wichtige Meilensteine wie das europäische Klimagesetz entscheidend voranbringen. Die Rahmenbedingungen für einen klaren Dekarbonisierungspfad sind somit auch europäisch gesteckt.

Neuntens: Die **Verhinderung von Carbon Leakage** spielt nicht nur beim nationalen CO₂-Preis eine wichtige Rolle, sie ist auch zentraler Bestandteil der europäischen Klimaschutzarchitektur. Von einer Verlagerung der Produktion in Gegenden mit weniger strengen Emissionsauflagen wären nicht nur Arbeitsplätze betroffen, sondern es wäre auch für den Klimaschutz nichts gewonnen – die CO₂-Emissionen entstünden lediglich woanders. Die EU-Kommission wird im kommenden Jahr einen Vorschlag für einen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus vorlegen.

Zehntens: Das weltweite Bekenntnis zum Pariser Klimaschutzabkommen bleibt felsenfest. Das Jahr 2020 hat gezeigt, dass sich entscheidende Staaten sehr engagiert an das halten, was wir gemeinsam in Paris verabredet haben. China hat angekündigt, bis 2060 klimaneutral werden zu wollen. Japan und Südkorea streben dies bis 2050 an und mit einem Präsidenten Joe Biden wird engagierte Klimapolitik auch in den USA zurück ins Weiße Haus kehren. All diese Ankündigungen zeigen, dass der Klimaschutz als zentrale Herausforderung der Gegenwart anerkannt wird. Wir müssen allerdings darauf achten, dass die Bekenntnisse auch ganz konkret zur **Leitlinie einer sozial-ökologisch ausgerichteten internationalen Handelspolitik** werden. Das gilt für die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards entlang von Lieferketten genauso wie für die Verankerung klarer Sanktionsmechanismen bei Umweltverstößen in Freihandelsabkommen.

Vor ziemlich genau zwei Jahren durfte ich an dieser Stelle meine Gedanken zu einer nachhaltigen Industriepolitik aus umweltpolitischer Perspektive erläutern.⁸ Vieles konnte seitdem erreicht werden. Allen voran ist mit dem Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzprogramm 2030 in Deutschland und dem European Green Deal der EU der Rahmen für unser Handeln in den kommenden zehn Jahren gesteckt. Die Aufgabe ist dennoch nicht kleiner geworden, wenn wir auf die nach wie vor hohen Treibhausgasemissionszahlen, die zusätzliche Herausforderung durch die Corona-Krise und die enormen Investitionserfordernisse blicken. Ich bleibe dennoch optimistisch, dass wir vor dem Hintergrund eines positiven Zukunftsbildes und mit dem Willen zu aktiver politischer Gestaltung gestärkt aus der Krise herauskommen. Und ich bleibe überzeugt davon, dass der klimagerechte Umbau unserer Industriegesellschaft mit klugem politischen Handeln zum Erfolgsprojekt für alle werden kann. ■

8 Verweis auf spw Heft 228.